

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise
find in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokratisches Berlin
Fernsprecher
auf der Reichs-Reliame-Weise:
Witthelm 5744

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Mittwoch
29. April 1925

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2503-2507
Fernsprecher
auf der Reichs-Reliame-Weise:
Witthelm 5744

Alles bleibt beim Alten...

sagt Reichskanzler Luther nach seiner Besprechung mit Hindenburg.

Auf der heutigen Plenarversammlung des Deutschen Industrie- und Handelsstages ergriff Reichskanzler Dr. Luther zu einer mit großer Spannung erwarteten Rede das Wort. Der Reichskanzler hat bekanntlich gestern den neugewählten Reichspräsidenten Hindenburg besucht und offenbar mit ihm den wesentlichen Wortlaut der außerordentlich vorsichtig abgewogenen Rede, mindestens in ihrem außenpolitischen Teil, verabredet. Angesichts der heftigen Angriffe, die von der deutschnationalen Presse gegen Stresemann erhoben wurden, haben wohl manche Kreise einen Kurswechsel in der äußeren Politik des Reiches erwartet. Die Rede Luthers war ganz darauf zugeschnitten, die lebhafteste Beruhigung des Auslandes über die Wahl Hindenburgs und über die heftigen Vorstöße der Deutschnationalen in der Sicherheitsfrage zu dämpfen. Luther wandte sich zunächst mit großem Nachdruck gegen alle Gerüchte, die von einer bevorstehenden neuen Instationspolitik wissen wollten und betonte dann sehr stark, daß von dem Gesetz der Kontinuität in der deutschen Außenpolitik nicht abgewichen werden dürfe. Die deutsche Regierung warte noch jetzt auf eine Begründung des Aufschubs der Räumung der Kölner Zone. Ueber die Sicherheitsfrage sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden. Luther wies, um die Haltung Deutschlands zu stärken, darauf hin, daß wir selbst ein Interesse daran haben, uns auf dem Verhandlungswege gegen fremde Angriffe zu sichern. Deutschland will und kann keinen Krieg führen — so sagte er. Alles bleibt auf die Verhandlungen, auf die internationale Verständigung gestellt.

Ob diese Worte des Reichskanzlers die erwartete Wirkung im Ausland haben werden, muß dahingestellt bleiben. Versuchen werden sie sicher dann, wenn ein Teil der regierungsaffizierten Presse in ihrer nationalistischen Demagogie fortfährt und — vielleicht auch gegen den Willen des von den Deutschnationalen präsentierten Reichspräsidenten — sich alle Mühe gibt, dem Ausland vorzureden, daß nur die starke Faust den Wirrwarr der Reparationspolitik zu lösen vermöchte. Gibt aber die deutschnationale Presse diese Versuche auf, so gibt sie damit auch den wesentlichsten Programmpunkt preis, mit dem sie den heftigsten Kampf gegen die Sozialdemokratie und gegen alle verständigungsbereiten Republikaner geführt hat.

Sozialpflichterfüllung bis zum äußersten wird man freilich von den nationalistischen Demagogen vergeblich erhoffen.

Auf dem deutschen Industrie- und Handelsstag sprach heute Mittwoch vormittags nach der Eröffnungssprache des Präsidenten Franz v. Mendelssohn zunächst

Reichsminister a. D. Hamm

über die wirtschaftliche Lage. Er führte u. a. aus: Die eigentlichen Gefahren der Handelsbilanz liegen in ihrer Gliederung, darin, daß die Einfuhr besonders von Fertigwaren stark ansteigen will, die Ausfuhr der Fertigwaren aber stark abgenommen habe, für ein auf Verarbeitung und Bearbeitungslohne angelegenes Land eine auf die Dauer verwerfliche Erscheinung. — Die Hauptgründe für die gestiegene Einfuhr sei die Kapitalarmut Deutschlands. Reich, Länder und Gemeinden müßten sich in der Steuerfrage die größte Zurückhaltung auferlegen. — Wer immer für die Erhaltung des deutschen Volkes auf der Höhe seiner Kultur einträte, werde die soziale Fürsorge und die Sozialversicherung, in der Deutschland immer noch an erster Stelle stehen nicht verkümmern lassen wollen. Aber auch hier müsse jetzt als das Erste und Notwendigste die Erhaltung und Stärkung unserer Wirtschaft und die Beschäftigung der Arbeiterschaft anerkannt werden.

Jede Aufwertung bedeute notwendig eine Erhöhung der Produktionskosten und der Warenpreise. Wenn eine Erhöhung der Aufwertung der Hypotheken als unabwendbar erscheine, so sei gegenüber dem Regierungsvorschlag die einseitige Aufwertung auf 20 Proz. vorzuziehen.

Wir müßten versuchen, durch unsere Handelspolitik eine Bresche in die Abgrenzungs- und Trennungspolitik der Anderen zu schlagen. Im endgültigen Verträge mit Frankreich werde man die beiderseitigen Industrien auf die

Abtragung der Zollmauern

zubereiten müssen. Aus einem nahen wirtschaftlichen Austauschverhältnis mit Deutschland könne auch Frankreich nur Vorteile ziehen.

Daß der Vertrag mit Spanien bisher nicht ratifiziert sei, habe der Wirtschaft erheblichen Schaden gebracht. Die Fortführung der Handelsvertragsverhandlungen sei fast unmöglich, wenn wir nicht endlich in einem deutschen Zolltarif den notwendigen Rückhalt erhielten.

Abseits des grundsätzlichen Streits zwischen Freihandel und Schutz Zoll, der solange unpraktisch sei, als die Welt sich uns gegenüber abschleife, werde das Notwendige geschehen müssen. Es sei zu wünschen, daß der Weg sichtlicher, gründlicher Arbeit auch in der ersten Frage, der der Agrarzölle, zu einer leidenschaftslosen Prüfung und einer weitreichenden Verständigung führe. Der Industrie- und Handelsstag sei davon durchdrungen, wie früher eingehend ausgesprochen, daß die Landwirtschaft in ihrer Interessenslage erhalten und gefördert werden müsse. Die große Aufgabe liege darin für das heutige Deutschland, für die alles auf billige Produktion ankomme, viel schwieriger als je mit dieser grundsätzlichen Bereitwillig-

keit zur Gewährung des jeweils notwendigen Schutzes die Sicherung zu verbinden, daß jede unnötige Belastung vermieden werde, die die Produktion für das Inland und den Auslandsabsatz verteuere und damit auch der Landwirtschaft selbst auf die Dauer abträglich sei. Außer dem, was der Staat zur Aufrechterhaltung und Stärkung der gewerblichen Wirtschaft zu tun habe, bleibe auch für die Wirtschaft selbst viel zu tun. Es sei deshalb dringend zu empfehlen, daß die Regierung eine eingehende Untersuchung und Zuziehung der bestgeeigneten Sachverständigen und gründliche sachliche Erörterung im Reichswirtschaftsrat veranlasse. Insbesondere sei es Pflicht, in Lebensführung und Aufwand der Bevölkerung unseres Volkes zu entsprechen. Betriebsverbesserung sei heute der vordringlichste technische und wirtschaftliche Zweck der Kapitalverwendung. Sparsamste Preisbemessung und eine die Verbilligung der Preise vor allem berücksichtigende Praxis im Kartell- und Verbandswesen sei besonders jetzt dringend notwendig.

Hierauf ergriff der

Reichskanzler Dr. Luther

das Wort. Er führte folgendes aus:

Der Deutsche Industrie- und Handelsstag verkörpert in sich die gesamten amtlichen Betretungen der deutschen Wirtschaft, soweit sie nicht Landwirtschaft oder Handwerk ist. Gerade an dieser Stelle über die Bedeutung der Wirtschaft für das gesamte Leben unseres Volkes mich zu äußern und Gedanken, die mir für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands von besonderer Bedeutung zu sein scheinen, Ausdruck zu geben, ist mir sehr erwünscht. Dabei möchte ich von vornherein einem Irrtum entgegenreten, der sich in manchen Kreisen verbreitet hat, als ob die Wirtschaft nur einen Teil der Kräfte umfasse, die die Werte erzeugen. Deutschlands Wirtschaft ist für mich die Zusammenfassung aller Unternehmer und Arbeiter, die dem deutschen Volke die Grundstoffe seines Lebens verschaffen. Deshalb ist es verfehlt, einen Gegensatz zwischen Wirtschaft und Sozialpolitik zu konstruieren. Ohne fortgesetzte Entwicklung der sozialen Grundgedanken ist eine Fortleitung der Wirtschaft überhaupt nicht möglich. Hier in allen

Punkten das Richtige zu treffen, ist sicherlich eine der schwersten Aufgaben.

Für die innere Betätigung der Wirtschaft stehen im Vordergrund die Fragen der Kapitalbildung, der Stärkung des Innenmarktes und damit der Stärkung der Konsumkraft aller Schichten der Bevölkerung, insbesondere auch der für die Industrie als Abnehmerin so wichtigen Landwirtschaft, deren immer stärkere Intensivierung für die deutsche Gesamtwirtschaft ja von größter Bedeutung ist. Die Wirtschaft muß nach den ungesunden Zeiten der Inflation den Weg zu einer sparsamen und doch jeden technischen Fortschritt ausnutzenden Führung der Geschäfte zurückfinden, wobei der Grundgedanke wieder Geltung gewinnen muß, daß es sich bei den Kalkulationen um Pfennigbeträge handelt. Die Notwendigkeit, auf die Verbraucher Rücksicht zu nehmen, bedeutet nicht nur Stärkung der Kaufkraft, sondern der Angelpunkt dieser Frage ist die Ermöglichung der Bildung von Sparkapital.

Ohne staatliche Sicherheit und soziale Fürsorge, ohne Kulturpflege ist ein Zusammenleben der Menschen nicht möglich.

All das aber kostet Geld, und das Geld muß von der Wirtschaft aufgebracht werden.

Die Reichsregierung beabsichtigt, in den nächsten Tagen sich über die

endgültige Gestaltung der Zollvorlage

schlüssig zu werden, und will ihr Möglichstes tun, damit Reichstag und Reichsrat die Zollvorlage möglichst schnell verabschieden. Weder mit vorgefassten Meinungen, noch ausgehend vom einseitigen Interessenstandpunkt, weder mit doktrinärem Einstellung, noch mit unklaren Deduktionen kommen wir hier weiter.

Wenn man die internationale Gesamtsituation mit einer Formel umschreiben würde, so läßt sich vielleicht sagen, daß die Völker der Welt das Bedürfnis empfinden, die in den großen politischen Fragen auf Europa lastende Ungeklärtheit und Unklarheit beseitigt zu sehen. Eine dahinjelende Politik muß selbstverständlich vom Gesetz der Kontinuität beherrscht sein und kann nicht willkürlich die Richtung ändern.

(Schluß der Rede im Morgenblatt.)

Aussprache im Landtag.

Neuwahl am 14. Juni wahrscheinlich.

Der Kesttenrat des Preussischen Landtags beschloß heute die Abstimmung über die Regierungserklärung und die zu ihr gestellten Anträge nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, am Mittwoch, sondern erst am Freitag nächster Woche vorzunehmen. Ministerpräsident Braun kann am Mittwoch nicht anwesend sein. Er begibt sich zur Einweihung des Deutschen Museums nach München, um im Namen der deutschen Länder bei den Feierlichkeiten das Wort zu nehmen. Am Mittwoch soll eine Veranstaltung des Reichs und am Donnerstag eine Veranstaltung der bayerischen Regierung stattfinden. In der Besprechung wurde der Einwand erhoben, daß möglicherweise nicht die Fristen eingehalten werden könnten, wenn im Falle einer Auflösung des Landtags der in Aussicht genommene Wahltag vom 14. Juni beibehalten werden soll. In diesem Falle ist mit einer Verlängerung der Fristen zu rechnen, da an diesem Termin festgehalten werden soll. Am 14. Juni sollen auch die Wahlen für die Kreistage und Provinziallandtage stattfinden. In der Besprechung hat der Ministerpräsident Braun ausgeführt, daß er doch nicht als Vertreter Preussens das Wort in München nehmen könne, wenn seine Regierung ein Mißtrauensvotum am gleichen Tage erhalten sollte. Dieser Einwand wurde bemerkenswerterweise auch von der Deutschen Volkspartei als stichhaltig anerkannt.

Bei Beginn der Sitzung, wurde zuerst eine Reihe von mündlichen Berichten des Geschäftsordnungsausschusses ohne Aussprache erledigt. Es handelt sich bei ihnen im wesentlichen um Einstellung von Strafverfahren. Auch mehrere Eingaben wurden debattelos erledigt. Dann trat das Haus in die Aussprache über die Erklärung der Regierung ein.

Abg. Leid (Soz.):

Ueber die Stellungnahme der Parteien dieses Hauses zur jetzigen Regierung Braun dürfte nach allem Vorangegangenen kaum Zweifel entstehen. Und so werden auch die Erklärungen der Parteiführer nichts wesentlich Neues enthalten können. Daß die deutschnationale Partei einer Regierung, die nicht sozialisten und nicht ostfeindlich abgestempelt ist, grundsätzliche Opposition machen wird, verwundert nicht. Sie weiß ganz genau, daß in einer solchen Regierung, die Interessen einer Partei, die für Besitz und Bildung dauernd Vorrechte erlangt, nicht gewahrt werden, obwohl ihre bisherige Opposition in einer infamen Herunterreibung einzelner Personen im Staatsdienst bestanden hat.

Bemerkenswerter ist schon die Rolle der Volkspartei, die sie nun schon seit Monaten in dieser Regierungskrise spielt. Während sie früher das Kabinett Braun-Severing nicht nur unterstützte, sondern selbst daran teilnahm, ist sie nach der Dezemberwahl in das Schlepptau der Deutschnationalen geraten und stellt sich mit ihnen in eine Kampfstellung. So kam es, daß sie in Preußen ihre Minister zurückzog; im Reich hat sie dem Diktat der Deutschnationalen entsprechend auf ihren Vorres verzichtet und sich auf Hindenburg einstellen müssen. Jetzt wird sie erneut vor die

Entscheidung gestellt werden, auch noch ihren Führer Stresemann opfern zu müssen. Ueberall redet die Volkspartei vom Aufbau der Wirtschaft, dabei tut sie in der Praxis alles, um Regierungskreisen zur dauernden Einrichtung zu machen und Ministerfänger zum Programm zu erheben. Diese Tätigkeit wirkt staatszerstörend und es ist bezeichnend, daß die Sozialdemokraten es sind, die staats-erhaltend wirken müssen. Staatserhaltung nicht im Sinne der Deutschnationalen, die das alte Anterpreußen wiedersehen möchten, sondern in dem Sinne, einem demokratisch-republikanischen Preußen sozialen Inhalt zu geben. Volkspartei und Deutschnationalen könnten ihr volksverderbendes Treiben nicht spielen, wenn die Kommunisten ihnen dabei nicht helfen würden. Geht es gegen die Sozialdemokratie, so haben noch immer Deutschnationale, Volksische, Volksparteier mit den Kommunisten eine Front gebildet.

Im Namen meiner Fraktion habe ich den Antrag, zu erklären: Wir vertrauen dem Kabinett Braun-Severing. Die Tatsachen beweisen, daß

die Acta Braun-Severing trotz großer Schwächen eine immer größere Stetigkeit in Preußen und zugleich im Reich herbeigeführt und auch einen außerordentlich wichtigen Faktor in der Außenpolitik Deutschlands dargestellt hat. Insbesondere billigen wir die Erklärung des Ministerpräsidenten, unter allen Umständen eine aktionsfähige Regierung schaffen zu wollen. Wir fordern daher den Ministerpräsidenten auf, alle nach der Beratung ihm zustehenden Möglichkeiten anzuwenden, einen solchen Zustand herbeizuführen. Trotz

Hindenburgs Wahl, die nur eine reine Stimmungswahl war, fürchten wir uns auch nicht vor einem neuen Wahlkampf. Mit Freuden nehmen wir den Kampf auf für ein demokratisch-republikanisches Preußen und gegen die staatszerstörenden Tendenzen der Rechts- und Linksparteien dieses Hauses. Und wenn Herr von der Osten neulich seine Rede schloß mit der Hoffnung, daß mit Gottes Hilfe seine Partei den Sieg davontragen wird, so sehen wir dem lähn und getrost entgegen: Wir hoffen, daß in diesem Kampfe die Verantwortung der großen Massen des Volkes liegen wird. (Sechshundert Beifall links.)

Für die Deutschnationalen erklärte Abgeordneter Lübeck, daß sie das Kabinett Braun-Severing aufs schärfste bekämpfen würden. Sie hätten keine Schuld daran, daß noch keine verfassungsmäßige Regierung zustande gekommen sei. (Große Unruhe links.) Es sei falsch von einem deutschnational-kommunistischen Block zu sprechen, wie es der Ministerpräsident getan habe. (Zwischenrufe links.)

Der nächste Redner ist Abg. Heß (Ztr.), der unter wiederholten förmlichen Unterbrechungen der Rechtsparteien erklärte, daß seine Partei entschlossen sei, das Kabinett Braun zu stützen.

Unter lebhafter Bewegung des Hauses versuchte dann der Abg. von Campe die Politik der Deutschen Volkspartei zu verteidigen.

Fort mit dem Dawes-Plan!

Herr Stresemann, wie wird Ihnen?

Die „Deutsche Zeitung“ beabsichtigt, gegen Herrn Stresemann zu kanonieren. Gestern ging sie gegen den Sicherheitspakt an, heute gegen den Dawes-Plan. Sie gibt das Stichwort: Revision des Dawes-Plans.

Der Ruf: „Unerfüllbar“ ertönt wieder:

„In dem Jahre aber, seitdem der Dawes-Plan herausgekommen ist, ist man fähler und überlegter geworden. In diese Fähigkeit zu fähler Überlegung fällt die Erfahrung, daß der Dawes-Plan undurchführbar ist.“

„Wir stehen vor der großen Krise. Im Herbst ist sie da. Im Innern unserer Wirtschaft geht es stetig bergab. Krise in der Textilindustrie, Krise im Kohlenbergbau, unsichere Haltung auf allen Märkten: Der Inlandsmarkt ist zu Ende. Das ist kein vorübergehender Zustand, sondern diese Krisen sind der Übergang zu dem Dauerzustand: Tiefstand. Die Exportindustrie kommt immer mehr zu dem Erkenntnis, daß auf den Auslandsmärkten nicht mehr viel zu holen ist.“

„Wir wenden uns hier auch an die gesamte deutsche Presse. Sie soll nichts anderes, als die Wahrheit sagen. Jetzt noch von der Erfüllbarkeit des Dawes-Planes reden, ist glatter Landesverrat.“

Wir sollen also nicht nur vor Stresemann gerettet werden, sondern auch vor der Erfüllung des Dawes-Plans. Es besteht eine enge Verbindung zwischen der gegen die Exportindustrie gerichteten Sabotage der Handelsverträge durch die Deutschnationalen und dem Schrei gegen den Dawes-Plan.

Wir möchten nur wissen, ob die Regierung Luther-Stresemann-Schiele, die den Dawes-Plan erfüllt, auch des glatten Landesverrats schuldig ist, und ob nicht dieser Vorwurf auch gegen Hindenburg erhoben werden könnte, der sich mit Luther in politischer Übereinstimmung befindet?

Was die „Deutsche Zeitung“ will, ist klar. Sie will die Verträge, die die Grundlage der Verständigung bilden, zerreißt. Als Ersatz offeriert sie England und Amerika gemeinsame kriegerische Abenteuer an der Weichsel.

Das eine wie das andere steht in schroffem Gegensatz zu dem außenpolitischen Kurs Stresemanns, den er von den vorhergehenden republikanischen Regierungen übernommen hat. Mit dem Rufe: „Fort mit dem Dawes-Plan!“ kann man nicht ernsthaft die Politik des Sicherheitspakts betreiben. Mit diesem Rufe „bepakt“ man ihn so, daß er unmöglich wird.

Dieser Ruf kommt aus den Reihen der stärksten Regierungspartei. Er ist gedacht als Kommentar zur Präsidentschaft Hindenburgs. Mit Hindenburg gegen den Dawes-Plan für den Krieg an der Weichsel! Uns scheint, die Herrschaften, die ernsthaft solche Absichten in der Öffentlichkeit vertreten, sollten mit dem Vorwurf des Landesverrats etwas sparsamer umgehen.

Aber wie wird Herrn Stresemann? Seine Schonzeit ist vorbei. Jetzt gilt es nicht, Farbe zu wechseln, sondern Farbe zu bekennen!

„Siegerkrankheit.“

Die Volkspartei ruft nach Versöhnung.

Das Berliner volksparteiliche Organ, die „Zeit“, bringt einen Leitartikel, in dem gegen die Absicht schwarzweißer Verbände, eine große Siegesfeier zu veranstalten, lebhaft Einspruch erhoben wird. Im Bruderkrieg von 1866, so heißt es da, seien die Militärs vorübergehend der „Siegerkrankheit“ verfallen und wollten nach Wien marschieren. Bismarck gelte sich dem erfolgreich widersetzt und dabei den Ausdruck getan: „Die Streitfrage ist also entschieden, jetzt heißt es die Gegner versöhnen.“ Dieses Wort gelte auch für die heutige Lage. Am 26. April sei die Entscheidung gefallen. Deutschland müsse „mit schwarzweißem Geist und Inhalt und nicht mit neu-schwarzrotgoldenen erfüllt sein“. Jetzt gelte es, „die Einigkeit mit unseren Brüdern von Schwarz-Rot-Gold, die doch auch im Schützengraben gestanden haben, zu erarbeiten und zu erkämpfen“.

Konrad Haenisch und die Schulreform.

Von Fritz Rasen.

Als Konrad Haenisch nach der Revolution zunächst mit Adolf Hoffmann und nachher allein das preussische Kultusministerium übernahm, da stand vor ihm die unheure Aufgabe, die von autoritativen Behörden geleitete Schule des verfallenen Obrigkeitsstaates zur Schule des Volksstaates umzugestalten. Darüber hinaus mußte er als Sozialist bedacht sein, diese allgemeine Schule im neuen Gemeinheitsgeist des Proletariats zu gestalten.

Damit ist gesagt, daß er dem gesamten Volk Anteil geben mußte an der Verwaltung der Schule, um sie aus einem unbeliebten Instrument der herrschenden Klasse zu einem geliebten und in seinem Wert verstandenen Bildungsmittel der Massen zu machen, daß er den Nachbeteiligten, der Lehrerschaft, durch Verleihung demokratischer Selbstverwaltungsrechte einen bestimmten Einfluß auf die Verwaltung einräumte, daß er den Beständen selber unter Ersetzung verdächtigter Beamten des alten Regimes durch neue Männer zu erneuern versuchte.

Um das Ziel zu erreichen, schuf er Elternbeiräte, Lehrerbeiräte, und gewann er sich Mitarbeiter, denen er die Fähigkeit zubrachte, anders als die alten Beamten im Sinne des werdenden Volksstaates zu wirken. Die Elternbeiräte haben freilich nicht gehalten, was wir von ihnen erwarteten. Anstatt den Kulturwillen der proletarischen Massen in die Schulen zu bringen, sind sie, wie wir alle wissen, viel öfter unter dem Einfluß der christlichen Kirchen ein Mittel der politischen und kirchlichen Reaktion geworden. Dies sein Kind hat Konrad Haenisch selbst oft genug das Leben schwer gemacht. Man kann die Art der Durchführung vielleicht für unglücklich halten, muß aber anerkennen, daß Haenisch einen innerlich notwendigen Weg beschritt, als er die Elternbeiräte überhaupt schuf. — Hat nun die Einrichtung der Lehrerräte für die Lehrerschaft der Volksschulen in dem von ihm beabsichtigten Sinn gewirkt? Von ihnen gilt wohl das selbe wie von den Beiräten und den anderen Formen der Beamtenschaft. Ihre Rechte sind beschränkt. Sie wurden mit Energie wahrgenommen, man versuchte sie auszudehnen, sie erreichten örtliche Erfolge, so lange es schien, als ob sie von einer stoffkräftigen Masse getragen seien. Mit dem Vordringen der Reaktion verloren sie immer mehr an Bedeutung. Aber sie sind da — und eine andere Zeit wird die Wichtigkeit auch dieses Gedankens erweisen. Wegen seiner Beamtenschaft ist Haenisch von den Genossen viel gescholten worden. Man hat ihm mangelnde Energie vorgeworfen. Er hat sich immer mit den sicher bestehenden Schwierigkeiten entschuldigt, Beamtenschaft mit Hilfe eines veralteten Disziplinargesetzes überhaupt zu entfernen, und mit dem Mangel an geeigneten Kräften in den Reihen der zuverlässigen Republikaner. Auch mit scheint freilich, daß er auf diesem Gebiet nicht sehr erfolgreich war, besonders wenn man ihn mit Herrn Böllig vergleicht.

Als ihm, so fragen wir weiter, die innere Erneuerung der Schule gelte? Er hat die alten Lehrbücher mit ihrer schamantischen Höhenjollernerehrung und ihrer hohen Frömmigkeit durch Erlaß abgeschafft, besonders die Geschichtsbücher, hat auch die Schaffung neuer republikanischer Geschichtsbücher in Angriff genommen, konnte freilich nicht verhindern, daß dieser Erlaß durch

Den Ausführungen der „Zeit“ ist zu entnehmen, daß sich die Sieger tatsächlich recht krank fühlen. Abgesehen davon, scheint uns alles schief und widersprüchlich. Am 26. April hat sich doch die Mehrheit des Volkes gegen Schwarz-Weiß-Rot entschieden, man kann also nicht gut sagen, daß die Entscheidung für Schwarz-Weiß-Rot gefallen sei. Wir wären der „Zeit“ auch dankbar, wenn sie uns sagen wollte, was der „schwarzweißrote Geist und Inhalt“ ist, mit dem Deutschland jetzt erfüllt werden soll. Darüber scheinen doch zwischen den Schwarz-Weiß-Roten sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten zu bestehen. Ist das der Geist der „Zeit“ oder der der „Deutschen Zeitung“, der Geist Stresemanns oder der Geist v. Freytag-Loringhovens?

Denkt man ferner an die gestrige Sitzung des preussischen Landtags, so findet man, daß die „Siegerkrankheit“ noch in recht erheblichem Umfang bei den Schwarz-Weiß-Roten grassiert. Die Heilung wird wahrscheinlich nicht durch die sanften Sprüche der „Zeit“, sondern durch eine Entscheidung der preussischen Wähler herbeigeführt werden, die mit gewissen Wahnvorstellungen aufräumen wird.

Die Parolenschuster an der Arbeit.

„Die Zeit der leeren Phrasen ist vorüber.“

Immer kommen die Häuptlinge der SPD, eine Postkutsche zu spät, wenn sie eine taktische Schwelung machen. Zu spät kam ihre famose Bolschewisierung und Linksschwenkung nach dem Oktober 1923. Schon nach einem halben Jahr war es klar, daß diese Linksschwenkung nur den Bankrott der SPD beschleunigen mußte. Jetzt hat der Linkskurs die Kommunisten wirklich so weit gebracht, daß sie zur Bedeutungslosigkeit abgewirtschaftet haben. Darum wird das Steuer herumgedreht und in „Anbiederung“ gemacht. Ein Gemisch von Einheitsfronttaktik und Entlarvungsstrategie ist das neue Produkt gemeinsamer Anstrengungen der Reichszentrale und der Exekutive. Dem „Offenen Brief“ folgt heute bereits ein neuer Ausruf. Damit unser Stück vollzählig sei, beschert uns auch die Exekutive einen Ausruf. Für Kinderbegabe wird außerdem ein erläuternder Artikel des Pol-Bureaus der Reichszentrale angefügt und, damit ja nichts fehle, wird eine ganze Seite einer spaltenlangen Antwort an die Adresse der „Vorwärts“-Redaktion geopfert.

Sogar so vernünftig sind sie, einzusehen, daß jetzt „in der Arbeiterschaft mit wahrer Leidenschaft zwei Fragen diskutiert“ werden:

1. Wer ist schuld an der Wahl Hindenburgs?
2. Was ist gegen die Gefahr der Reaktion, die sich in der Wahl Hindenburgs so deutlich zeigt, zu tun?

Um die Antwort werden die Arbeiter nicht verlegen sein. Sie lautet sehr einfach und sehr deutlich:

1. Die Kommunisten sind schuld an der Wahl Hindenburgs.
2. Die SPD muß erledigt werden, damit ein geschlossener Kampf der Arbeiterschaft möglich ist und die Kommunisten nie wieder Gelegenheit haben, die Reaktion in den Sattel zu heben.

Im übrigen kann die „Rote Fahne“ wirklich von keinem Menschen verlangen, jeden Tag die neuesten Erzeugnisse ihrer Parolenschuster zu lesen. Die traurigen Resultate der kommunistischen Zersplitterungstaktik sind so offenkundig, daß sie jetzt jeder Arbeiter begreift. Die „Rote Fahne“ braucht nur mal eine Rundfrage bei ihren eigenen Anhängern in den Berliner Betrieben zu veranstalten, dann wird sie schon die nötige Antwort erhalten. Das Gute wird die bittere Lehre der Wahl Hindenburgs wenigstens haben, daß der Zusammenschluß der Arbeiterschaft zu einem einheitlichen und wirklich ernsthaften politischen Kampf beschleunigt wird. Die Zeit der Hanswursterien ist vorbei.

Der Zerfall der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei geht weiter. Zwei kommunistische Abgeordnete, darunter der Führer der kommunistischen Partei des Kreises Brünn, sind aus der Partei ausgetreten und man rechnet mit weiteren Austritten.

passive Resistenz vieler Oberlehrer sabotiert wurde. Er hat die berühmten Schulgemeinde-Erlasse, zunächst unter dem Einfluß Gustav Wagners, herausgegeben, um dem in der Jugend erhofften freien Geist ein legitimes Organ in der Schule zu geben, ist aber auch hier der Sabotage nicht entgangen. Wo etwa revolutionärer Geist sich in der Jugend regte, gelang es den Wächtern der Reaktion, diese Einrichtung zu beseitigen, und heute bestehen Schulgemeinden im eigentlichen Sinne wohl überhaupt nicht mehr. Er hat schließlich auch dem neuen Geist staatsbürgerlicher Bestimmung durch Einführung der Staatsbürgerkunde und durch die Anregung des Arbeitsunterrichts in den neuen Lehrplänen, er hat dem Geist einer freien weltlichen Gegenwartsbildung des gesamten Volkes durch die Einrichtung der weltlichen Schulen — oder richtiger der evangelischen Schulen ohne Religionsunterricht — eine Gasse gebahnt, die die Zukunft erweitern wird.

Uebersteht man so das schulreformistische Werk des Verstorbenen, so wird man zugeben müssen, daß der erste sozialdemokratische Kultusminister Preußens eine Leistung vollbracht hat, die reich war an frischer Tat, reich an fruchtbareren Gedanken, deren volle Durchführung erst in späterer Zeit möglich sein wird. Selbst ein Gegner des einst so heiß umkämpften Mannes wird es zugeben, daß Konrad Haenisch auch dort, wo er als Sachwalter des Proletariats sich durchsetzte, niemals persönlich verletzte, sondern durch die Liebesswürdigkeit seines Wesens versöhnend wirkte.

Gogol und der „Revisor“.

Zur Wiederaufführung in Deutschen Theater.

Als Nikolaus Gogol vor über 90 Jahren den „Revisor“ schrieb, wollte er Satire mit Patriotismus mischen. Alle Beamten, die in der kleinen Provinzstadt ihr Hallunkentum betreiben und erpressen und stehlen, was sie nur können, mußten entlarvt werden. Dann aber sollte, nachdem dieses ganze Karrenrum sich klariert hatte, der Name des wirklichen Revisors wie eine Bombe verschmettern einschlagen. In diesem Revisor, der nicht auf der Bühne erscheint, sondern nur die beamteten Diebe, Erpresser, Wucherer und Hochhapper vor sein Gericht rufert, sollte sich nach dem Willen Gogols, die reine Höhe des russischen Zarentums symbolisieren. Gogol die Komödie, das alles noch heller erleuchtet: „Schimpft nicht über die Komödie, daß alles noch heller erleuchtet: „Schimpft nicht über den Spiegel, wenn die Mäuler schief gemahnen sind!“

Also fürchtete er wohl, man könne ihn zur Verantwortung ziehen, weil er allzu schief gezeichnet hätte. Er wurde ein Ketzer, der sich kaum den trockenen Willen gönnte. Er starb als ein fanatischer Anhänger des orthodoxen Gottes und gab sich kurz vor seinem Tod noch Mühe, die realistische Bedeutung seines genialen Spottstiles zu bestreiten. Fürwahr, Gogol, dieser erste Revisor der Realistik, der noch mit dem Romantiker in literarischer Geselligkeit gelebt hatte, war selbstsam und vermoren genug.

Noch heute ist diese Komödie frisch, schlagkräftig, unterhaltsam hart, unerbitterlich, ja sogar großartig. Man lacht, aber man trübselt sich mit den Jähren. Man wird wild und möchte loshauen auf all diese Betrüger, die in Uniformen und mit Dreispitz und Frackgeputzten Orden umherlaufen. Welche Karren! Welche Lumpen! Und doch zum Schluß, welche betrogenen Karren, welche hinter

Wirth zum Wahlausfall.

Ein Ruf zu neuen politischen Taten.

Reichskanzler a. D. Wirth hat dem Vertreter der „Germania“ seine Ansichten über den Wahlausfall geäußert. Er betont, daß nach der Wahl die Situation nicht unter sentimentalen und rührseligen Gesichtspunkten betrachtet werden dürfe, sondern daß die politischen Probleme gelöst werden müßten:

„Nachdem die Wahl getätigt ist, treten die politischen Probleme und Fragen, die man nicht in Rührseligkeit und Sentimentalität erlösen kann, wieder in den Vordergrund: Entwaffnungsfrage mit der bevorstehenden interalliierten Note, Sicherheitspakt am Rhein, die Verteilung der Lasten aus dem Dawes-Gestachten — die Steuergeetze liegen gerade jetzt in unserer Reichstagsmappe —, die Frage des Abschlusses und der Weiterführung der Handelsvertragspolitik treten mit einem Schlage so gebieterisch in den Vordergrund, daß schon latente Verzögerungen bei der Bearbeitung dieser Fragen einen Verlust moralischer und materieller Art für das deutsche Volk bedeuten. Die hier berührten Fragen umfassen ein gigantisches Programm. Die Lösung dieser Aufgaben ist ohne Einstellung zu einer wirklichen Politik nicht denkbar, gerade im Gegensatz zur getätigten Präsidentschaftswahl, wo wir ohne Voreingenommenheit gegen irgendeine Person sagen können, daß gerade der unpolitische Charakter, den die Kandidatur Hindenburg tatsächlich getragen hat, die wahrhaft politischen Aufgaben unseres Volkes um mehrere Wochen zurückstellen ließen und sie aus dem Gesichtskreis der deutschen Wählermassen, deren Schicksal sie berühren, entfernten. Die Wahl des Soldaten und die daran geknüpfte Heldenverehrung brachten Distanz von den politischen Aufgaben des deutschen Volkes.“

Er betonte weiter, daß die Wahl für die kommenden zu lösenden Aufgaben noch gar nichts bedeute. Er vertraut auf die lebendigen politischen Kräfte im Volk:

Was politische Einstellung angeht, und was Sinn für nationale Realpolitik umfaßt, das war die politische Linie beim Volksblock und seinem Kandidaten Marx. Von einer politischen Linie war beim Reichsblock, der sich diesen Namen anemathet hatte, um andere zurückzustößen und zu verlegen, nichts festzustellen. Bei uns die klare politische Linie, dort ein Konglomerat, wie der Ausdruck aus den Reichstagen ja selbst lautet, das sich erst nach der Wahl bestimmen darf, was er nun eigentlich für eine Politik in den nächsten entscheidenden Monaten führen will und führen soll. Trotz des Ausgangs der Wahl, die stark unter konfessionellen, antikatholischen Gesichtspunkten in weiten Teilen des deutschen Volkes getätigt worden ist, betrachten wir auch die Wahlbewegung des Volksblocks als den Ausgangspunkt neuer kräftiger Arbeit im Dienste des deutschen Volkes und der deutschen Republik. In unserer politischen Linie sind wir nicht beirrt und nicht zurückgedrängt. Es ist gewiß die Bemerkung am Platze, daß die deutschen Republikaner in drei Wochen das nicht nachholen können, was zum Teil in drei Jahren versäumt worden ist. Die republikanische Bewegung ist in Deutschland gewiß, auch was äußere Form und Ausprägung angeht, mit einer Wucht und Geschlossenheit in Erscheinung getreten, die den Schluß erlaubt, daß jeder Versuch, die Republik gewaltsam anzuführen, an den Scharen des Reichsbanners scheitern muß. Damit ist auch unsere Aufgabe nicht erfüllt, sondern nur erneut vorgezeichnet. Die republikanische Arbeit wie auch die Bewegung um die republikanische Fahne muß weitergeführt und vertieft werden.“

Aus den Ausführungen von Wirth spricht der feste Wille, an der Weimarer Koalition festzuhalten und die Sammlung der Republikaner fortzuführen.

Die Tiroler Landtagswahlen am letzten Sonntag haben an der Zusammenfassung des Landtages nicht viel geändert. Die Sozialdemokraten haben — trotz der dauernden Wirtschaftskrise in dem „anierten“ Deutschösterreich — ihre Stellung voll behauptet. Ihre Stimmenzahl ist gegen die Landtagswahl von 1921 um mehrere tausend gestiegen.

Nicht geführten Lumpen! So rächen sich Borniertheit und Schweinerei. Man kann den ganzen Moralkodez des ordentlichen Menschen und Staatsbürgers, der die Schieber und die Ueberpatrioten und die Speichelfässer verurteilt, aus dieser Komödie herauslesen. Sie ist ein köstliches Lehrbuch, eingeteilt in fünf sprühende Akte. Diese fünf Akte werden im Deutschen Theater von dem Regisseur Martin Korb mit Recht über die Bühne gebracht. Sie werden gepufft. Die Explosion hört erst auf, als der Vorgang zum fünften Male fällt. Das ist gut so. Man merkt, auch dramaturgisch veraltete noch nichts in dieser Komödie. Hermann Valentin war der größte Narr, der Volkzweimmeister, der am nächstigen gefoppt wird. Er war ein pompöser Ephybude, der nicht nur mit Mund und Gesten, sondern auch mit Sporenstiefeln und Speicheldrüsen arbeitete. So mußte es geschehen, bis er als ein elendes Bündel von Angluk zusammenfiel. Keine echte Komödie ohne tragische Ephyen. Valentin zeigte diese Tragik. Hermann Thimig war der Karrenfänger, flüchtig, spritzig, okrobatisch nie gemein, nur humorvoll. Dazu eine wirklich gut gelaunte und gutgebrüllte Garde von Krähwinklern, die sowohl für das Auge wie für das Ohr Erfreuliches wirkten. Ein schöner Erfolg. Die Vergangenheit wird gefeiert, weil sie noch lebendig genug ist, um uns arme Schächer, auf denen die Gegenwart lastet, zu belehren.

Max Hochdorf.

Fingerabdrücke zur Bestimmung der Vaterschaft. Frau Doktor Christina Bonnev, eine norwegische Ärztin, die als Assistentin an der Universität von Oslo wirkt, hat nach eingehenden Forschungen die bemerkenswerte Entdeckung gemacht, daß zwischen den Fingerabdrücken eines Kindes und denen seines leiblichen Vaters regelmäßig eine ausgesprochene Übereinstimmung besteht. Die Entdeckung ist besonders bei der Rechtsfindung in Alimentationsprozessen wichtig, weil sie dem Richter ein Mittel an die Hand gibt, die Vaterschaft eines Kindes mit unzweifelhafter Sicherheit durch Vergleichung der Fingerabdrücke festzustellen. Frau Dr. Bonnev hat an 20 000 Fingerabdrücke geprüft und dabei festgestellt, daß sie ganz bestimmte Gruppen bilden, die durch den Verwandtschaftsgrad bestimmt werden. Je enger das verwandtschaftliche Verhältnis, desto geringer die Abweichung der Fingerabdrücke. Am geringsten sind sie zwischen Vater und Sohn, während sie zwischen Vater und Tochter schon deutlicher hervortreten.

Kanoldt an der Breslauer Kunsthochschule. Der Münchener Maler Max Kanoldt ist jetzt als Beamter einer ordentlichen Polizeibehörde an die Breslauer Akademie für Kunst und Gewerbe abberufen. Der Künstler, der zu den bekanntesten süddeutschen Vertretern der expressionistischen Richtung zählt, ist ein Mitbegründer der Münchener Neuen Sezession und der Neuen Künstlervereinigung gewesen. Er nimmt in Breslau Eindecks Stelle ein.

Ein wissenschaftlicher Höhenflug. Vom Flugplan in Brunsbüttel unternahm der Flugzeugführer Robert Heister einen wissenschaftlichen Höhenflug mit dem Flugzeug der Deutschen Seemarine. Er erreichte die 15 000 Meter ansgewöhnliche Höhe von 7 000 m. Das Thermometer zeigte in dieser Höhe eine Kälte von 44,6 Grad Celsius. Der Flug gab sehr wertvolles Material über die in diesen Höhen herrschenden Luftströmungen.

Die Internationale Kunstgewerbeausstellung in Paris wurde am Dienstag nachmittags eröffnet.

Amerika und die Wahl Hindenburgs.

Planmäßige Verschleierung der Wahrheit.

Das Auswärtige Amt Stresemanns ist eifrig bemüht, die deutsche Öffentlichkeit über den Widerhall des 26. April in der Welt in einer Weise zu beruhigen, die an bewusste Täuschung grenzt. In diesem Bestreben wird es durch den Nachrichtendienst des offiziellen Wolffschen Telegraphenbureaus wirksam unterstützt. Darüber braucht man sich um so weniger zu wundern, als die sämtlichen Auslandskorrespondenten von WTB, zugleich Pressereferenten der deutschen Botschaften und Gesandtschaften sind, also selbst Beamte oder Beauftragte des Auswärtigen Amtes. Diese Tatsache allein genügt, um die Auswahl der ausländischen Stimmen, die von WTB verbreitet werden, mit der äußersten Vorsicht genießen zu lassen. Besonders bedenklich erscheint die Art, wie der WTB-Korrespondent in New York diese Stimmungsmache betreibt. Mit etwas naiver Pünktlichkeit schildert er die sirenenartige Wirkung der Rede, die sein Chef, Botschafter von Moltke, auf einem Essen im Bankierklub am Montag gehalten hat:

„Etwa 100 führende Bankiers hatten der Einladung Folge geleistet und hörten die Ansprache des Botschafters, die den günstigsten Eindruck hinterließ. Die Rede Mahhans wurde mit großem Beifall aufgenommen. Der Botschafter gab auf Bitten eines Bankiers Erklärungen zur Präsidentenwahl ab und schilderte die Persönlichkeit Hindenburgs. Die Darlegungen zerstreuten die Befürchtungen, die bei Beginn des Essens (!) etwa vorhanden gewesen waren.“

Aber auch sonst versteht es der New-Yorker WTB-Korrespondent, Herrn Stresemann nach dem Munde zu tun. In dessen Munde man mit Erstaunen feststellen darf, daß er es nicht für nötig gehalten hat, eine Auslassung der großen amerikanischen Nachrichtenagentur „Associated Press“ nach Berlin herüberzugeben, die der Washingtoner Vertreter des „Berliner Tageblatts“ gefaßt hat und als offiziös inspiriert bezeichnet. Da die „Associated Press“ in den Vereinigten Staaten genau entspricht, was Reuter für England, Havas für Frankreich und WTB für Deutschland ist, so dürfte jene Erklärung tatsächlich die Meinung des amerikanischen Staatsdepartements widerspiegeln:

„Die Nachricht von Hindenburgs Wahl zum Präsidenten von Deutschland hat in amtlichen Kreisen Washingtons gleichsam einen Schock hervorgerufen. Obgleich man eine hohe Stimmenzahl für ihn erwartete, so war man doch nicht auf seine Wahl vorbereitet. Man nimmt als sicher an, daß sein Triumph schwere Folgen für Deutschland bedeuten wird, bis man klar sieht, was der Wechsel in der Regierung zu bedeuten hat. Kein Zweifel kann trotz des an amtlicher Stelle bewahrten Schweigens darüber bestehen, daß die Regierung und die diplomatischen Beobachter in Washington Hindenburgs Wahl als Fehler (blunder) betrachten. Vor allem Frankreich wird ihm mit Mißtrauen gegenüberstehen und sie wird wahrscheinlich bei den Bankiers beiderseits des Atlantik eine Haltung zur Folge haben, die die finanzielle Beihilfe beim Wiederaufbau in den nächsten Monaten erheblich erschweren wird.“ Die amerikanische Regierung, so heißt es weiter, sei zwar unmittelbar nur am Dawes-Plan interessiert, aber Hindenburgs Wahl werde doch dessen Durchführung verzögern. Andererseits werde man als ernsteste Folge die neuen Beschränkungen zu betrachten haben, die in den alliierten Ländern aufkommen werden. Wenn auch augenblicklich die Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland scheinbar nicht bevorsteht und die Vollmachten des deutschen Präsidenten durch die Verfassung beschränkt seien, — die amerikanische Finanz werde jedenfalls Deutschland in der nächsten Zeit mit starkem Mißtrauen begegnen. Zurückhaltung sei einstweilen bei neuen Anlagen geboten, da Berwicklungen zu befürchten seien.“

Da man nicht annehmen kann, daß sich der als ein zuverlässiger Journalist bekannte amerikanische Vertreter des „B. T.“ diesen ganzen Bericht aus den Fingern gezogen hat, muß man an das WTB, oder vielmehr an das Auswärtige Amt die Frage richten:

1. Hat die „Associated Press“ einen solchen Bericht verbreitet?
2. Warum ist er von WTB nicht verbreitet worden?
3. Wie reimt er sich mit der Erzählung über die wunderbare Wirkung der Mahhanschen Beredsamkeit, die es fertig gebracht haben sollte, auf einem Bankett — und dazu noch auf einem „troddenen“ — die Bedenken der amerikanischen Finanzwelt zu zerstreuen?

Sedenfalls scheint danach die Wirkung der Wahl Hindenburgs auf Amerika gar nicht so harmlos zu sein, wie es die Beauftragten Stresemanns hingustellen liebten.

Wer noch im Zweifel darüber sein sollte, der nehme die Dienstagabendausgabe der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zur Hand, die einen sehr langen telegraphischen Bericht ihres New-Yorker Korrespondenten veröffentlicht, der auf Grund von Äußerungen verschiedener mehr oder minder bekannter Persönlichkeiten den gleichen optimistischen Eindruck zu erwecken versucht. Aber zwischendurch liest man in jenem Telegramm folgenden Absatz:

„Feindliche Äußerungen über Hindenburg finden sich in der „New York World“, die eine häßliche Karikatur bringt, in der „New York Times“, „Tribune“ und „Evening Post“, „Sun“, „Philadelphia Ledger“, „Baltimore Sun“, „Washington Post“, „Chicago Tribune“ und „Providence Journal“.

Das sind aber doch gerade alle führenden, nationalen und internationalen auf gehenden Tageszeitungen Amerikas! Einen deutlicheren und bedenklicheren Beweis für die ausgesprochen ungünstige und gefährliche Aufnahme der Wahl Hindenburgs durch die amerikanische öffentliche Meinung kann es gar nicht geben als diese kurze, aber eindrucksvolle Liste. Was diese Blätter im einzelnen schreiben, verweigert der „WTB“-Korrespondent.

Echo aus Prag.

Prag, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Presse besaß sich weiterhin mit der Wahl Hindenburgs. Das deutschböhmische „Prager Tagblatt“ schreibt: Wenn ein mündiges Volk wie das deutsche sieben Jahre nach Abschluß eines verlorenen Krieges den Generalfeldmarschall zu seinem politischen Repräsentanten erwählt, muß es sich dem Urteil der Gegenpartei zum Trotz, die es für unweil erklärt, der Tragweite dieses Entschlusses bewusst gewesen sein, und Freunde wie Gegner werden abwarten haben, wie sich mit Hindenburg im Vordergrund die Republik Deutschland der europäischen Gesellschaft einfügt. Als politische Talentprobe ist diese Wahl mißglückt. Ihr Ausgang beweist, daß Millionen Deutschen jedes Fingerspitzenempfinden für die Forderungen eines neuen Geistes abgeht. — Das Organ von Dr. Beneš, die „Prager Presse“, schreibt: Die Wahl muß als Beunruhigung Europas bezeichnet werden. Sie bedeutet die Auslösung neuen Mißtrauens. „Bravo Vidu“ (Soj) sagt: Die Arbeiter der ganzen Welt müssen die rechtsdeutschen Kommunisten und die Dritte Internationale zur Verantwortung ziehen, weil sie durch Aufstellung eines eigenen Kandidaten die Wahl Hindenburgs verschuldet haben.

Begeisterung auf Pump.

Man weiß, mit welcher Großzügigkeit die Nationalisten ihre Anhänger mit dem schwarzweißroten Fahnenstich versorgt haben. Die monarchistische Presse hatte ein gewaltiges Begehren über die Fülle der schwarzrotgoldenen Banner und sofort drückte die Industrie auf den Knopf. Treppauf, treppab liefen die rührigen Agenten und so wurden eine erhebliche Anzahl schuh- und willensloser Staatsbürger mit der nationalpolitischen Parteiliebe auf Pump versorgt. Die Walfschlacht war geschlagen, Hindenburg mit Hilfe der tränendrüsenbewehrten älteren und jüngeren deutschen „Jungfrauen“ gewählt und der „Votanzweiger“ traute korbhaftig „Fahnen heraus!“ Aber siehe da! Die Regie klappte jetzt nicht mehr! Mit Blitzesschnelle holte man sich die verborgenen Fahnen zurück, die Straßen entleerten sich zusehends.

Die ganze Verlogenheit des reaktionären Spiels wird hier offenbart. Begeisterung auf Pump, Fahnen auf Pump, Gefinnung auf Pump. — — — Wieviel hat der genaue Antiquität bezahlten müssen. Jedenfalls kommt die Rechnung hinterher.

Für das deutsche Volk wenigstens sicherlich.

Heil dir im Kinderwagen!

Ja, es gibt noch echte deutsche Heldennüchter! Welch' erhebenden Anblick bot doch gestern nachmittag auf der Tauentzienstraße jener Kinderwagen, der über und über mit schwarzweißroten Fahnen und Schleifen verziert war! Deutschlands Babys demonstrieren für die Monarchie und gegen das neue Spektakel. — Republikaner, seht euch vor! Das Kind im Wagen schreit mordsjämmerlich. Ein Vorübergehender meinte, es wird nachgemacht haben. „Aber nein“, rief die Mutter entrüstet, „das ist der Jubel über Hindenburgs Wahl!“ Heil dir im Kinderwagen, heil, Paula, dir!

Das nationale Messer.

Bekanntlich haben die politischen Rowdys im Gebrauch von Dolch und Revolver erhebliche Routine. Im Niederschießen und Stechen des politischen Gegners unübertreffliche Meister, ist bei ihnen naturgemäß ein erheblicher Bedarf nach politischen Argumenten schlagender Art. Diese politische Erbstärke weiß ein konjunkturlüchtiger Fabrikant vortrefflich für sich auszunutzen. In einer nationalpolitischen Zeitung Oberbayerns findet sich folgendes köstliche Inzerat, das für die Geistesverfassung des nationalprozentualen Mobs Bibliotheken spricht:

Neuheit!

Rhein-Ruhr-Messer.

Das vielbegehrte, gute Messer ist u. a. auch im Besitze des deutschen Volkshelden Generalfeldmarschall von Hindenburg. Vorderseite: Im Vordergrund links die Deutsche Eiche. Mitte: Vater Rhein mit Dom. Hintergrund: Ruhrgebiet. Unten steht: Der Gott, der Elfen wachsen ließ usw. Rückseite: Der erwachende Löwe sitzt in die aufgehende Sonne. Das Messer ist etwa 9 Zentimeter lang. Körperknoten, Perle usw. erhalten bei Sammelbestellungen von je 12 Stück 1 Messer gratis!

Halleluja! Ihr politischen Nordnaben, jetzt braucht Euch um die raffige Untadeligkeit Eurer Arbeitsinstrumente keine Sorge mehr zu sein! Seht können die Jünglinge vom Hafenkreuz mit um so größerem Eifer drauf losstechen, begeistert von der treu-deutschen Reserfklänge. Alle ihre latenschwangeren Buischerbände: Ihr Bervölke, Stahlhelmer, Totentopfindeaner, Jungdeutschler und Killingerkiller, deckt Euch ein mit dem trockenbrechenden Messer der deutschen Zukunft. Dem braven Geschäftsmann jedoch mit der mehr als orientalischen Geschäftsergebenheit ein hundertprozentiges Rämmerheit!

„Jeder Republikaner trage Schwarz-Rot-Gold!“

Die rechtsstehende Presse, so schreibt uns ein Republikaner, hat ihre Parteikreise aufgefordert, „Sieg zu schlagen“; ihre Anhänger demonstrieren auf den Straßen des Westens unter Schwärzen gegen die „Schleber, Juden- und Barmat-Republik“. In den Untergrund- und Straßenbahnen und den übrigen Verkehrsmitteln haben sich die Träger schwarzweißroter Abzeichen. Die Republikaner haben keine Veranlassung, ins Maulloch zu kriechen. Mehr als je muß es heute heißen: Republikanische Abzeichen heraus! Jeder Republikaner trage stolz das schwarzrotgoldene Band zur Schau. Sache der republikanischen Presse ist es, dazu aufzurufen.

Explosion im Kraftwerk Moabit.

Im Kraftwerk Moabit ereignete sich am Dienstag nachmittag ein schwerer Unglücksfall, dem leider ein Menschenleben zum Opfer fiel und der auch eine längere Stromstörung zur Folge hatte. Als Arbeiter an einem Delschalter arbeitete, entlief durch Kurzschluß eine Explosion. Dabei wurde aus dem Schalter brennendes Öl herausgeschleudert, das den 27 Jahre alten Monteur Paul Riehlke aus der Ebingstr. 76 traf und ihn am Kopf und an den Händen so schwer verbrannte, daß man mit dem Tod des Bedauernswerten rechnen muß. Der Schwerverletzte wurde in das Rudolf-Wirchow-Krankenhaus gebracht. Infolge der Explosion waren Westen, Norden und Nordwesten der Stadt eine Viertelstunde lang ohne Licht. Der Unfall erinnert an die ähnliche, wenn auch weit schwerere Explosion, die sich im Januar dieses Jahres im Urm-formerwerk Pantow und gleichzeitig im Kraftwerk Moabit ereignete. Damals flogen mehrere Delschalter in die Luft, wobei zwei Arbeiter getötet und einer schwer verletzt wurde. Maschinen und Gebäudeteile erlitten schweren Schaden.

Mitten im Examen verhaftet.

Der 41jährige Postenwärter Gustav St., der am Bayerischen Platz wohnte und auf dem Postamt W 30 beschäftigt war, wurde mitten aus dem Examen heraus verhaftet. St., der 18 Jahre lang aktiv bei den Eisenbahnen diente und verheiratet und Vater eines Kindes ist, trat vor sechs Jahren als Aushelfer in den Postdienst ein. Als Wärter wollte er jetzt sein Examen machen, um fest angestellt zu werden. Da gingen aber Beschwerden über das Verschwinden von Einschreibebriefen aus dem Bestellbezirk des Anwärters ein. St. geriet in Verdacht und mikroscopische Untersuchungen eingeschobener Einschreibebriefe überführten ihn. Er hatte Briefe, namentlich aus dem Ausland, in denen er Geld vermutete, untersucht und durch die Einschreibungen die zur Verbedung erforderliche Zahl wieder hergestellt. In die eingeschobenen Umschläge, die er an irgendeine Adresse sandte, hatte er in der Regel eine Ansichtskarte hineingesteckt mit dem Vermerk: „Rate von wem?“ Eine Hausdurchsuchung förderte Bestätigungsmaterial zutage, das die anderweitigen Ermittlungen bestätigte. Zur weiteren Aufklärung werden alle, die im Bestellbezirk des Postamtes W 30, eingeschriebene Briefe erhalten haben, deren wertvoller Inhalt einem Einschreiber widerspricht, ersucht, sich bei der Kriminalpostdienststelle in der Königsstraße zu melden. Der Verhaftete, dessen Frau an Kopfgrrippe leidet, behauptet, daß er aus Not zu den Veruntreuungen gekommen sei.

Kinderballons in Raucherabteilen verboten!

Von mehreren Berliner Firmen werden seit einiger Zeit Kinderballons in verschiedenen Formen und Größen zu Reklamezwecken ausgegeben. Besonders in den Straßenbahnen kann man immer wieder Frauen und Kinder beobachten, die mandarinartig mehrere solcher Ballons mit sich führen. Bei dem in den Hauptverkehrsstunden herrschenden Andrang besteht an den Stellen der öffentlichen Verkehrsmittel, an denen das Rauchen gestattet ist, ständig die

Gefahr, daß ein Ballon durch die Berührung mit einer brennenden Zigarre oder Zigarette explodiert und damit die Gesundheit der Nachsitzenenden gefährdet. So sind vor einigen Wochen bereits in einem Straßenbahnwagen ein Herr und eine Dame durch einen auf diese Weise explodierten Ballon nicht unerheblich im Gesicht verletzt worden. — Im Verkehrs- und feuerpolizeilichen Interesse hat jetzt zur Verhütung weiterer Gefahren der Polizeipräsident die Mitnahme von Kinderballons in die Raucherabteile der Straßenbahn- und Hochbahnwagen und auf die Plattformen, auf denen das Rauchen gestattet ist, verboten.

Die Not der Straßen- und Markthändler.

Will man den Straßenobsthandel unterbinden?

Die Berliner Straßen- und Markthändler hatten am 27. April zu einer öffentlichen Protestversammlung nach dem „Böhmischen Brauhaus“ geladen. Zunächst wurde von 2 Angehörigen des Reichsverbandes ambulanten Gewerbetreibender Sitz Berlin, die Kollage und die volkswirtschaftliche Bedeutung des Gewerbes geschildert. Es wurde hervorgehoben, daß besonders der organisierte Einzelhandel keine Mittel unversucht läßt, um das ambulante Gewerbe zu erdrücken. Die unzähligen Eingaben, welche bei Behörden, Ministerien usw. gegen den Straßen- und Marktobsthandel ununterbrochen einlaufen, waren ein bezeichnendes Zeugnis dafür, in welcher Gefahr das Gewerbe schwebt. In Hand von einschlägigem Material wurde nachgewiesen, daß der Straßen- und Marktobsthandel genau dieselbe Existenzberechtigung hat, als das stehende Gewerbe, darüber hinaus ausdrücklich betont, daß die Kommunen und Behörden verpflichtet seien, gerade in gegenwärtiger Zeit, wo das Frisch-Obst bald erscheinen wird, das Gewerbe nach besten Kräften zu unterstützen. Treffende Worte fand der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Rolles, indem er die Bedeutung des Straßen- und Marktobsthandels vom volksgesundheitlichen Standpunkt herauskräftigte. Ähnlich sprachen noch der Stadtverordnete Zimmermann und der Landtagsabgeordnete Paul Hoffmann. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

Weit über die Polizeiverordnung betr. Straßenhandel (1. November 1922) hinausgehend, durch welche der Straßenhandel an sich stark eingeschränkt wird, sind in letzter Zeit Straßenverbote für den Handel erlassen worden, durch welche die Existenz der Straßenhändler in Frage gestellt wird. Darüber hinaus werden täglich von Polizeibehörden und Reviervorstehern willkürliche Einschränkungen des Straßenhandels vorgenommen. Die Gegner des Straßenhandels sind überall die gleichen. Mit aller Kraft setzt sich der Einzelhandelsverband für die Beseitigung des Straßenhandels ein unter der Vorgabe, die Auswüchse zu beseitigen. Es hat den Anschein, als wenn die einzelnen Polizeibehörden und das Polizeipräsidium diesen einseitigen Wünschen im vollsten Maße Rechnung tragen. Was über den Straßenhandel gesagt wird, trifft für den Marktobsthandel ebenfalls zu. Aus diesem Grunde protestiert die heutige Versammlung mit aller Entschiedenheit gegen Maßnahmen, welche geeignet sind, die Existenz des Straßenhandels zu untergraben oder gar zu vernichten. In Anbetracht der Tatsache, daß in einigen Wochen die Großstädte mit Frischobst überschwemmt werden, wäre es von volkswirtschaftlichem Standpunkt betrachtet Pflicht und Aufgabe aller Behörden, dafür Sorge zu tragen, daß diese ankommenden Obstmengen möglichst schnell in bestem Zustande in die Masse der Bevölkerung hineingeleitet werden. Da dies nur möglich ist durch einen gut funktionierenden Straßen- und Marktobsthandel, wäre es Aufgabe und Pflicht des Polizeipräsidiums, dafür zu sorgen, daß der Straßenhandel als wirtschaftlich schwächster Faktor gestützt und gestärkt wird. Die Existenz von etwa 500 000 kleinen Gewerbetreibenden, welche in steter Beziehung reiflos ihren Verpflichtungen nachkommen, ist außer schwerster Bedrohung.

Allgemeine Einführung der kleinen Kraftdroschke.

Das Berliner Polizeipräsidium veröffentlicht solchen neue Bestimmungen, auf Grund deren neue Kraftdroschken eingeführt werden dürfen. Daraus ist zu entnehmen, daß als eine besondere und vom Publikum wahrscheinlich auch angenehm empfundene Neuerung die neuen Klein-Kraftdroschken einen Fahrpreisanzeiger mit Quittungsdrucker haben müssen, so daß der Fahrpaß eine Quittung über den erlegten Fahrpreis ausgehändigt bekommt. Allerdings wird den Automobilbesitzern zur Anbringung dieses Quittungsdruckers bis zum 1. April 1928 Zeit gelassen. Während hingegen wirkt, daß das Berliner Polizeipräsidium wieder bestimmt, welchen Farbenanstrich die Automobile haben sollen. Bureauaufträge nämlich bestimmt: Der Anstrich ist bis zur Hälfte (!) dunkelgrün, abschließend mit schwarzweißstariertem Borte, darüber schwarz, das Dach nach Wahl schwarz oder weiß. Das Polizeipräsidium verlangt auch noch, daß grundsätzlich nur Fahrzeuge der deutschen Industrie zugelassen werden sollen.

Ferienheim Stutenhaus, Thieringer Wald. Für den Monat Mai bietet sich noch Gelegenheit für eine Anzahl Ferienhöfchen, im Stutenhaus Aufnahme zu finden. Gerade der Mai ist besonders geeignet zur Erholung. Wenn noch nicht alles überfüllt ist, die Wälder im lungen Grün leuchten und die Vögel vom frühen Morgen bis zum späten Abend ihr frohes Lied erklingen lassen. Das Heim liegt idyllisch am Fuße des 850 Meter hohen Wälderberges. Herrliche Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung lassen sich unternehmen, und immer neue Bilder treten dem Wanderer vor Augen, die unvergesslich bleiben. Die Bedingungen sind ebenfalls sehr günstig und werden die verhältnismäßig wenigen Unkosten durch die ausreichenden Stunden doppelt gleich gemacht. So manchem unserer Leser dürfte das Heim schon bekannt sein und werden einen Aufenthalt nur empfehlen. — Anfragen, denen Rückporto beizufügen ist, sind zu richten an Wihl. Standhardt, Ferienheim Stutenhaus, Kreis Schlesingen.

Eine neue städtische Rechtsanwaltsstelle für Vormundschaftsrecht und Sozialversicherung hat der Berliner Magistrat eingerichtet. In allen vorkommenden Fällen ist die Bearbeitung nicht auf mündliche Rechtsanwaltsurteilung und Beratung beschränkt, sondern es werden auch alle erforderlichen Schriftsätze kostenlos angefertigt, und gerade letztere Tätigkeit wird in vielen Fällen als willkommene Hilfeleistung empfunden werden. Die Rechtsanwaltsstelle, welche zunächst für die Bezirke 1-6, also Alt-Berlin, gedacht ist, befindet sich im Rathaus, Königsstraße, Eingang Nidenstraße im 1. Stock, Zimmer 37e. — Fernsprecher Magistrat Nr. 378. Die Sprechstunden finden Montags und Donnerstags von

Im Kinderhaus, Blumenstr. 97, findet wieder Unterricht in Eudungelsprache statt, mit praktischen Übungen, wöchentlich einmal. Meldungen schriftlich oder mündlich von 11-5 Uhr im Bureau des Kinderhauses, Blumenstr. 97.

Kinderferie Charlottenburg. Kinder, holt am Mittwochabend die Blätter von Tante Frida ab.

200 000 Amerikaner nach Europa. Nach den Schiffslisten werden sich in den nächsten drei Monaten rund 200 000 Amerikaner auf Ferienurlaub nach Europa begeben.

Sport.

Mit dem Goldenen Rad von Berlin gelangt am kommenden Sonntag das erste Haillde Rennen in dieser Saison auf der Olympia-Radrennbahn zum Austrag. Der Uebellieferer getreu wird das Goldene Rad von Berlin auch dieses Mal über die lange Strecke von 100 km gehen und in einem Lauf ausfahren werden. Entsprechend dem glanzvollen Namen ist auch eine erstklassige Belegung — Swall und Saldon — dieses Rennens sicherzustellen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Daß man auch für wenig Geld bis zu neuen Frühjahrsmodellen in Luxusausführung und guter Qualität für Damen, Herren und Kinder haben kann, beweist das heutige Inzerat des bekannten Schuh-Gesellsch. Wehrdt, Münstr. 25, mit seinem billigen Contibler Samm 13 und Contibler Aller 24. Diese Firma hat ein Lager von über 40 000 Paar Schuhen, von den einfachsten bis zu den elegantesten Modellen, zu billigen Preisen.

